



Sitzung vom

9. Februar 2021

Mitgeteilt den

10. Februar 2021

Protokoll Nr.

120/2021

Fraktionsauftrag BDP

betreffend Stellenschaffungsstopp

Antwort der Regierung

Seit dem Finanzplan für die Jahre 1990–1992 legt der Grosse Rat periodisch finanzpolitische Richtwerte für die kommende Planperiode fest. Dieses Steuerungsinstrument hat sich in mehrfacher Hinsicht bewährt. Die Richtwerte sind aufeinander abgestimmt und stellen – bei konsequenter Einhaltung der Vorgaben – sicher, dass der Kantonshaushalt im Lot bleibt und die kantonale Staatsquote langfristig nicht zunimmt. Seit 2013 werden die zulässigen Stellenschaffungen mittels betraglichen Wachstumsvorgaben begrenzt. Der finanzpolitische Richtwert Nr. 6 begrenzt das Wachstum der durch den Kanton zu finanzierenden Gesamtlohnsumme im Jahresdurchschnitt auf real 1 %. Er korrespondiert mit dem Richtwert Nr. 3, der das Wachstum der kantonalen Gesamtausgaben ebenfalls auf real 1 % begrenzt. Erreicht werden soll damit eine Stabilisierung der Staatsquote. Die gleichen Wachstumsbeschränkungen gelten deshalb auch für das Personal der kantonalen Verwaltung.

Der gesamte Personalaufwand beträgt mit rund 400 Millionen Franken knapp 16 Prozent der Gesamtaufwendungen. Dieser Anteil ist sehr tief und beträgt weniger als die Hälfte des interkantonalen Durchschnitts von über 33 Prozent. Das kantonale Personal bildet sodann keinen problematischen Kostentreiber und wird vom Grossen Rat mit klaren Kreditvorgaben limitiert.

In den Jahren 2016 bis 2020 wurden vom Grossen Rat respektive von der Regierung total rund 340 Vollzeitstellen (FTE) und damit aussergewöhnlich viele neue Stellen geschaffen. Beinahe drei Viertel dieser Stellen dienen der Erfüllung neuer Aufgaben für den Bund, für andere Kantone, für die ehemaligen Bezirke oder für Bündner Gemeinden. Diese Stellen sind kostenneutral. Sie belasten den Kantonshaushalt deshalb nicht und sind vom Richtwert Nr. 6 ausgenommen. Davon entfallen insgesamt 243 FTE-Stellen auf die folgenden neun Dienststellen/Behörden:

- Amt für Justizvollzug für die Besetzung der JVA Cazis Tignez mit brutto 110 FTE
- Bildung der elf Regionalgerichte durch Überführung der Bezirksgerichte mit 54 FTE
- Amt für Migration und Zivilrecht für den Asyl- und Flüchtlingsbereich mit 30 FTE
- Steuerverwaltung für das Scan-Center und den Steuerbezug für Gemeinden mit 10 FTE
- Gesundheitsamt für die Übernahme der SNZ 144 und Gesundheitsförderung mit 10 FTE
- Sozialamt für regionale Sozialdienste in den Bereichen Sozialberatung sowie Kinder- und Jugendförderung mit 9 FTE

- Amt für Industrie, Gewerbe und Arbeit für den Vollzug Arbeitslosenversicherungsgesetz und Arbeitsinspektorat 8 FTE
- Kantonspolizei für das Schwerverkehrskontrollzentrum Mesolcina mit 6 FTE
- Amt für Lebensmittelsicherheit und Tiergesundheit für Vollzugsaufgaben des Kantons Glarus mit 6 FTE.

Wie im Auftrag ausgeführt wurden in den Jahren 2016 bis 2020 insgesamt 90 richtwertrelevante FTE-Stellen geschaffen. Dies entspricht im Durchschnitt 18 Stellen pro Jahr bei einer durchschnittlichen Lohnsumme von 1,77 Millionen Franken. Diese Zunahme beträgt im Jahresdurchschnitt umgerechnet 0,6 % der gesamten Lohnsumme. Sie liegt damit deutlich unter 1 %. Im zulässigen Lohnsummenwachstum von maximal 1 % müssen nämlich auch die Mittel für die individuellen Lohnerhöhungen und Stellenumwandlungen Platz finden. Die Vorgabe ist auch im interkantonalen Vergleich überaus restriktiv. Sie lässt nur die allernötigsten Stellenschaffungen zu. Die kantonale Verwaltung durchläuft jährlich einen strengen Stellenschaffungsprozess. Ein wesentlicher Teil der zusätzlich erforderlichen Personalressourcen ist jeweils durch Stellenumwandlungen und -verschiebungen zu schaffen. Administrative Entlastungsmöglichkeiten sind konsequent zu nutzen; dies gilt insbesondere im Zusammenhang mit der Digitalisierung der Prozesse. Neue Stellen werden nur geschaffen, wenn keine internen weiteren Rationalisierungen und Stellenumlagerungen mehr möglich sind.

Das richtwert- und haushaltsrelevante Stellenwachstum beträgt nur gut die Hälfte des realen Wirtschaftswachstums und der jährlichen Zunahme der kantonalen Gesamtausgaben sowie zahlreicher Leistungskennzahlen der kantonalen Verwaltung. Zu beachten ist auch, dass die meisten Stellen in den Regionen geschaffen wurden. Und der Grossteil der im Rahmen von Entwicklungsschwerpunkten geschaffenen Stellen sind nachhaltige Projekte mit langfristigem Personalbedarf. Ein vollständiger Stellenschaffungsstopp stünde in schroffem Kontrast zu den permanent steigenden Anforderungen an die Aufgabenerfüllung. Damit würde auch der finanzpolitische Richtwert Nr. 6 faktisch untergraben. Der Grosse Rat muss zudem die Möglichkeit behalten, Ausnahmen zu bewilligen. Verbleiben soll auch die Möglichkeit, zusätzliche Aufgaben vom Bund, anderen Kantonen und Gemeinden bei kostendeckender Finanzierung zu übernehmen.

Aufgrund dieser Ausführungen beantragt die Regierung dem Grossen Rat, den vorliegenden Auftrag abzulehnen.



Namens der Regierung

Der Präsident:

Der Kanzleidirektor:

Dr. Mario Cavigelli

Daniel Spadin

Fraktionsauftrag BDP betreffend Stellenschaffungsstopp

Gemäss dem finanzpolitischen Richtwert Nr. 6 darf die budgetierte Gesamtlohnsumme der kantonalen Verwaltung im Jahresdurchschnitt real um höchstens 1 Prozent zunehmen. Davon ausgenommen sind Personalressourcen, soweit die Kosten durch Beiträge Dritter finanziert werden.

Unter Einhaltung dieses Richtwertes wurden zwischen 2016 und 2020 insgesamt 338.35 neue Vollzeitstellen (Full-time equivalent, FTE) von der Regierung beantragt und vom Grossen Rat bewilligt. Davon waren 247.85 dieser Vollzeitstellen vom Richtwert Nr. 6 ausgenommen. Insgesamt wurden in diesen fünf Jahren 90.5 richtwertrelevante FTE neu geschaffen.

Neue Stellenschaffungen werden und wurden oftmals mit der Umsetzung von Entwicklungsschwerpunkten begründet. Mit der Umsetzung von Entwicklungsschwerpunkten werden nach Ansicht der BDP-Fraktion auch Personalressourcen wieder frei. Diese Personalressourcen können dann für neue Aufgaben eingesetzt werden.

Mit den für die Digitalisierung eingesetzten finanziellen Mitteln können Arbeitsabläufe optimiert und rationalisiert werden. Mit der Inbetriebnahme von Sinergia hat ein Teil der Verwaltung modernste Infrastruktur erhalten, die zu einer Effizienzsteigerung führen sollte.

Mit der konsequenten Umsetzung eines kontinuierlichen Verbesserungsprozesses sollte es der Regierung des Kantons Graubünden und den diese unterstützenden Führungspersonen möglich sein, nicht mehr erforderliche Arbeiten zu eliminieren oder über den Verzicht von Aufgaben und über die Senkung von Leistungsstandards (Differenzierung zwischen „must have“ und „nice to have“) vermehrt Ressourcen zu schaffen. Der Einsatz der bestehenden Personalressourcen muss laufend überprüft werden, um sicherzustellen, dass diese am richtigen Ort eingesetzt werden.

Nach Jahren mit sehr guten Ergebnissen bedarf es vor dem Hintergrund der sich verschlechternden Budgets und Jahresrechnungen eines Kulturwechsels bei der Schaffung von neuen Stellen. Es wird wichtiger denn je, die vorhandenen Personalressourcen bedarfs-, ziel- und wirkungsorientiert einzusetzen.

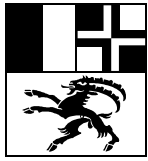
Ziel des Auftrages ist es, die Schaffung zusätzlicher Stellen bis 2024 zu verhindern, ohne Lohnbudgets oder Lohnentwicklungen für bestehende Mitarbeitende zu verhindern.

Aufgrund dieser Ausführungen beauftragen wir die Regierung:

1. Dem Grossen Rat einen Vorschlag zu unterbreiten, wie ein Stellenschaffungsstopp bis Ende 2024 umgesetzt werden kann.
2. Neue Stellen innerhalb der Verwaltung und innerhalb des anvisierten Zeithorizonts durch Stellenumwandlungen oder natürliche Fluktuationen zu kompensieren.

Davos, 9. Dezember 2020

Bettinaglio, Hohl, Lamprecht, Buchli-Mannhart, Aebli, Casty, Clalüna, Danuser, Ellemunter, Grass, Hardegger, Hefti, Michael (Donat), Müller (Susch), Niggli-Mathis (Grüsch), Papa, Tanner, Widmer (Felsberg), Widmer-Spreiter (Chur), Patzen



Sesida dals

9 da favrer 2021

Communitgà ils

10 da favrer 2021

Protocol nr.

120/2021

Incumbensa da la fracziun da la PBD

concernent il stop da stgaffir plazzas

Resposta da la Regenza

Dapi il plan da finanzas per ils onns 1990–1992 fixescha il Cussegl grond periodica-
main valurs directivas da la politica da finanzas per la proxima perioda da planisa-
ziun. Quest instrument directiv è sa cumprovà en plirs regards. Las valurs directivas
èn accordadas ina cun l'otra e garanteschon – sche las prescripziuns vegnan ob-
servadas consequentamain – che las finanzas publicas restian en equilibr e che la
quota statala chantunala na s'augmentia betg a lunga vista. Dapi l'onn 2013 vegnan
las novas plazzas ch'èn admessas, limitadas tras prescripziuns areguard l'augment
dals imports. Tenor la valur directiva da la politica da finanzas nr. 6 dastga la summa
totala dals salaris che ston vegnir finanziads dal chantun s'augmentar en media
effectivamain per maximalmain 1 % per onn. Questa valur directiva correspunda a la
valur directiva nr. 3, tenor la quala las expensas chantunales totalas dastgan mede-
mamain s'augmentar effectivamain per maximalmain 1 %. Uschia duai vegnir stabi-
lisada la quota statala. Las medemas restricziuns areguard l'augment valan perquai
er per il persunal da l'administraziun chantunala.

Ils custs totals da persunal importan cun var 400 milliuns francs stgars 16 pertschient
da las expensas chantunales totalas. Questa quota è fitg bassa ed importa main che
la mesadad da la media interchantunala da passa 33 pertschient. Il persunal chan-
tunal n'è pia betg in chaschunader da custs problematic e vegn limità dal Cussegl
grond cun cler prescripziuns da credit.

Durant ils onns 2016 fin 2020 è vegnidas stgaffidas dal Cussegl grond respectiva-
main da la Regenza totalmain var 340 plazzas a temp cumplain (FTE) ed uschia
extraordinariamain bleras novas plazzas. Quasi trais quarts da questas plazzas ser-
van ad ademplir novas incumbensas per la Confederaziun, per auters chantuns, per
ils anteriurs districts u per vischnancas grischunas. Questas plazzas na chaschunan
betg custs supplementars. Ellas n'engrevgeschan perquai betg las finanzas publicas
ed èn exceptadas da la valur directiva nr. 6. Da quest dumber da plazzas pertutgan
tut en tut 243 plazzas FTE las suandantas 9 autoritads u ils suandants 9 uffizis:

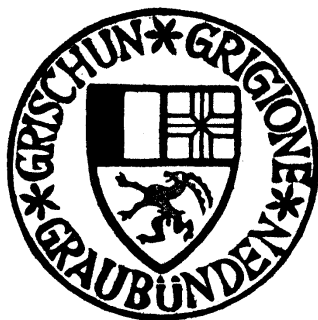
- Uffizi per l'execuziun giudiziala per occupar il stabiliment giudizial Cazas Tignez cun brutto 110 FTE
- constituziun da las 11 dretgiras regionalas or da las dretgiras districtualas cun 54 FTE
- Uffizi da migraziun e da dretg civil per il sector d'asil e da fugitivs cun 30 FTE
- Administraziun da taglia per il Center da scan e per incassar taglias per las vischnancas cun 10 FTE
- Uffizi da sanadad per surpigliar la Centrala dal clom d'agid sanitar 144 e per la promoziun da la sanadad cun 10 FTE

- Uffizi dal servetsch social per ils servetschs socials regionalis en ils secturs da la cussegliaziun sociala sco er da la promoziun d'uffants e da giuvenils cun 9 FTE
- Uffizi per industria, mastergn e lavur per exequir la Lescha davart l'assicuranza cunter la dischoccupaziun e per l'Inspecturat da lavur cun 8 FTE
- Polizia chantunala per il Center da controlla per il traffic pesant Mesolcina cun 6 FTE
- Uffizi per la segirezza da victualias e per la sanadad d'animals per incumbensas d'execuziun dal chantun Glaruna cun 6 FTE

Sco che quai è vegnì explitgà en l'incumbensa è vegnidas stgaffidas durant ils onns 2016 fin 2020 tut en tut 90 plazzas FTE ch'èn relevantas per la valor directiva. Quai correspunda ad en media 18 plazzas per onn cun ina summa dals salaris dad en media 1,77 milliuns francs. Quest augment importa en media 0,6 % da la summa totala dals salaris per onn ed è pia cleramain pli bass che 1 %. L'augment admissibel da la summa dals salaris da maximalmain 1 % sto numnadamain cuntegnair er ils meds finansials per ils augments individuals dal salari e per las transfurmaziuns da plazzas. Er en la cumparegliaziun interchantunala è la prescripziun fitg restrictiva. Ella permetta da stgaffir mo las plazzas las pli necessarias. L'administraziun chantunala absolve mintga onn in process sever per stgaffir plazzas. Ina part considerabla da las resursas da personal ch'i dovra supplementarmain sto mintgamai vegnir stgaffida cun transfurmaziuns u cun transferiments da plazzas. Pussavladads da distgargia per l'administraziun ston vegnir nizzegiadas consequentamain; quai vala en spezial en connex cun la digitalisaziun dals process. Novas plazzas vegnan stgaffidas mo, sch'i n'èn betg pli pussavlas ulteriuras raziunalisaziuns e transfurmaziuns da plazzas entaifer l'administraziun.

L'augment da plazzas relevant per la valor directiva e per las finanzas publicas importa mo bundant la mesadad da la creschientscha economica effectiva e da l'augment da las expensas chantunalas totalas per onn sco er da numerus indicaturs da prestaziun da l'administraziun chantunala. Da resguardar èsi er che la gronda part da las plazzas è vegnida stgaffida en las regions. E la gronda part da las plazzas ch'èn vegnidas stgaffidas en il rom dals puncts centralis da svilup, èn projects persistents cun in basegn da personal a lunga vista. In stop cumplet da stgaffir plazzas fiss in dir contrast cun las pretensiuns che s'augmentan permanentamain per ademplir las incumbensas. Uschia vegniss sutminada facticamain er la valor directiva da la politica da finanzas nr. 6. Ultra da quai sto il Cussegl grond mantegnair la pussavladad da permetter excepziuns. Restar duai er la pussavladad da surpigliar incumbensas supplementaras da la Confederaziun, d'auters chantuns e da vischnancas, sch'ils custs èn cuvrids.

Sa basond sin questas explicaziuns propona la Regenza al Cussegl grond da refusar questa incumbensa.



En num da la Regenza

Il president:

Dr. Mario Cavigelli

Il chancelier:

Daniel Spadin

Incumbensa da la fracziun da la PBD concernent il stop da stgaffir plazzas

Tenor la directiva da la politica da finanzas nr. 6 dastga la summa totala budgetada dals salaris da l'administraziun chantunala s'augmentar en media effectivamain per maximalmain 1 pertschient per onn. Exceptadas da questa directiva èn resursas da personal, sch'ils custs vegnan finanziads tras contribuziuns da terzas varts.

Observond questa directiva ha la Regenza proponì ed il Cussegl grond ha permess ils onns 2016 fin 2020 tut en tut 338,35 novas plazzas a temp cumplain (equivalents a temp cumplain, FTE). 247,85 da questas plazzas a temp cumplain eran exceptadas da la directiva nr. 6. Tut en tut èn vegnidas stgaffidas da nov durant quests 5 onns 90,5 FTE ch'èn relevants tenor la directiva.

Novas plazzas èn vegnidas e vegnan savens motivadas cun la realisaziun da puncts centrals da svilup. Tenor l'avis da la fracziun da la PBD daventan resursas da personal er puspè libras suenter la realisaziun da puncts centrals da svilup. Questas resursas da personal pon alura vegnir duvradas per novas incumbensas.

Cun ils meds finansials impundids per la digitalisaziun pon vegnir optimads e raziunalisads andaments da lavur. Cun l'avertura da Sinergia ha ina part da l'administraziun survegnì l'infrastructura la pli moderna che duai gidar ad augmentar l'effizienz.

La realisaziun consequenta d'in process permanent da meglieraziun duai permetter a la Regenza dal chantun Grischun ed a las persunas directivas che sustegnan quella d'eliminar las lavurs che n'èn betg pli necessarias u da stgaffir dapli resursas cun renunziar ad incumbensas e cun reducir standards da prestaziun (differenziaziun tranter "must have" e "nice to have"). La lavur da las resursas da personal existentas sto vegnir examinada cuntinuadamain per garantir ch'il personal existent vegnia engaschè al dretg lieu.

Suenter onns cun fitg buns resultats dovri – sut l'aspect ch'ils preventivs ed ils quints annuals vegnan a sa pegiurar – ina midada da la cultura en connex cun stgaffir novas plazzas. I daventa pli e pli impurtant d'impunder las resursas da personal existentas en ina moda ch'è orientada als basegns, a las finamiras ed als resultats.

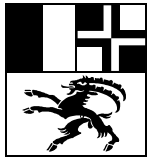
La finamira da l'incumbensa è quella d'impedir ch'i vegnian stgaffidas plazzas supplementaras fin l'onn 2024 senza excluder preventivs dals salaris u svilup dals salaris per collavuraturas e collavuraturs existents.

Sin basa da questas explicaziuns incumbensain nus la Regenza:

1. Da suttametter al Cussegl grond ina proposta, co che quest stop da stgaffir plazzas po vegnir realisà fin la fin da l'onn 2024.
2. Da cumpensar novas plazzas entaifer l'administraziun ed entaifer l'orizont da temp en mira tras transfurmaziuns da plazzas u tras fluctuaziuns natiralas.

Tavau, ils 9 da december 2020

Bettinaglio, Hohl, Lamprecht, Buchli-Mannhart, Aebli, Casty, Clalüna, Danuser, Ellemunter, Grass, Hardegger, Hefti, Michael (Donat), Müller (Susch), Niggli-Mathis (Grüsch), Papa, Tanner, Widmer (Favugn), Widmer-Spreiter (Cuir), Patzen



Seduta del

9 febbraio 2021

Comunicata il

10 febbraio 2021

Protocollo n.

120/2021

Incarico di frazione PBD

concernente lo stop alla creazione di posti di lavoro

Risposta del Governo

Dal piano finanziario 1990-1992, il Gran Consiglio stabilisce periodicamente i valori indicativi di politica finanziaria per il periodo di pianificazione successivo. Questo strumento di gestione si è dimostrato valido sotto diversi profili. I valori indicativi sono coordinati fra loro e, se le prescrizioni vengono rispettate in modo coerente, garantiscono che il bilancio cantonale rimanga equilibrato e che lungo termine la quota di incidenza della spesa pubblica cantonale non aumenti. Dal 2013 la creazione ammessa di posti di lavoro è limitata dai mezzi complessivi messi a disposizione. Nella media annuale, il valore indicativo di politica finanziaria n. 6 limita la crescita reale della massa salariale finanziata dal Cantone all'1 %. Esso corrisponde al valore indicativo n. 3 il quale, anch'esso, limita all'1 % la crescita reale delle spese cantonali complessive. In tal modo si intende ottenere una stabilizzazione della quota d'incidenza della spesa pubblica. Le stesse limitazioni alla crescita valgono perciò anche per il personale dell'Amministrazione cantonale.

Con circa 400 milioni franchi, la spesa globale per il personale ammonta a poco meno del 16 per cento delle spese complessive. Questa quota è molto bassa ed è inferiore di oltre il 50 per cento alla media intercantonale pari a oltre il 33 per cento. Il personale cantonale non costituisce quindi un fattore di costi problematico e il suo numero viene limitato dal Gran Consiglio mediante chiare prescrizioni relative ai crediti.

Negli anni tra il 2016 e il 2020 il Gran Consiglio e il Governo hanno creato in totale circa 340 posti di lavoro a tempo pieno (ETP), quindi un numero di nuovi posti di lavoro straordinariamente elevato. Pressoché tre quarti di questi posti di lavoro servono per svolgere nuovi compiti a beneficio della Confederazione, di altri Cantoni, degli ex distretti o di comuni grigionesi. Il finanziamento di questi posti di lavoro è neutrale sotto il profilo dei costi. Di conseguenza tali posti di lavoro non gravano sul bilancio cantonale e sono esclusi dal valore indicativo n. 6. Di questi posti di lavoro, 243 ETP sono stati creati in seno ai seguenti nove servizi/autorità:

- 110 ETP lordi in seno all'Ufficio per l'esecuzione giudiziaria per il personale necessario per il nuovo penitenziario Cazis Tignez
- 54 EPT nel quadro della creazione degli undici tribunali regionali a seguito del trasferimento dei tribunali distrettuali
- 30 EPT in seno all'Ufficio della migrazione e del diritto civile per il settore dell'asilo e dei rifugiati
- 10 ETP in seno all'Amministrazione delle imposte per lo Scan-Center e la riscossione delle imposte per i comuni
- 10 ETP in seno all'Ufficio dell'igiene pubblica per il rilevamento della CES 144 e la promozione della salute
- 9 ETP in seno all'Ufficio del servizio sociale per servizi sociali regionali nei settori della consulenza sociale nonché della promozione dell'infanzia e della gioventù

- 8 ETP in seno all'Ufficio per l'industria, arti e mestieri e lavoro per l'esecuzione della legge sull'assicurazione contro la disoccupazione e l'Ispettorato del lavoro
- 6 ETP in seno alla Polizia cantonale per il Centro di controllo del traffico pesante in Mesolcina
- 6 ETP in seno all'Ufficio per la sicurezza delle derrate alimentari e la salute degli animali per compiti d'esecuzione del Cantone di Glarona.

Come spiegato nell'incarico, negli anni tra il 2016 e il 2020 sono stati creati complessivamente 90 posti di lavoro ETP rilevanti ai fini della determinazione del valore indicativo. Ciò corrisponde in media a 18 posti di lavoro all'anno con una massa salariale media pari a 1,77 milioni di franchi. Nella media annuale, questo aumento corrisponde allo 0,6 % dell'intera massa salariale. Esso è quindi nettamente inferiore all'1 %. Nella quota di crescita ammessa della massa salariale pari all'1 % devono anche essere contenuti i mezzi per gli aumenti degli stipendi individuali e per conversioni di posti di lavoro. La prescrizione è molto restrittiva anche nel confronto intercantonale. Essa permette di creare soltanto posti di lavoro assolutamente necessari. Ogni anno l'Amministrazione cantonale viene sottoposta a un rigido processo di creazione di posti di lavoro. Una parte determinante delle risorse di personale supplementari necessarie deve essere creata tramite conversioni e trasferimenti di posti di lavoro. I possibili sgravi amministrativi devono essere sfruttati in modo coerente; ciò vale in particolare in relazione alla digitalizzazione dei processi. Nuovi posti di lavoro vengono creati soltanto se non sono più possibili ulteriori razionalizzazioni e trasferimenti interni di posti di lavoro.

L'aumento del numero di posti di lavoro rilevante ai fini della determinazione del valore indicativo e del bilancio cantonale ammonta soltanto a circa la metà della crescita economica reale e dell'aumento annuo delle spese cantonali complessive nonché di numerosi indicatori di prestazioni dell'Amministrazione cantonale. Occorre tenere conto anche del fatto che il maggior numero dei posti di lavoro è stato creato nelle regioni. E la maggior parte dei posti di lavoro creati nel quadro di punti centrali di sviluppo sono stati creati per progetti di lunga durata con necessità di personale a lungo termine. Uno stop completo alla creazione di posti di lavoro si porrebbe in netto contrasto con le esigenze in costante aumento per far fronte ai compiti. In tal modo verrebbe di fatto anche minato il valore indicativo di politica finanziaria n. 6. Al Gran Consiglio deve inoltre essere lasciata la possibilità di autorizzare eccezioni. Deve essere mantenuta anche la possibilità di rilevare compiti supplementari di Confederazione, altri Cantoni e comuni, sempre che sia garantito un finanziamento a copertura dei costi.

A seguito di quanto esposto, il Governo chiede al Gran Consiglio di respingere l'incarico in oggetto.



In nome del Governo

Il Presidente:

Dr. Mario Cavigelli

Il Cancelliere:

Daniel Spadin

Incarico di frazione PBD concernente lo stop alla creazione di posti di lavoro

Conformemente al valore indicativo di politica finanziaria n. 6, nella media annuale la massa salariale dell'Amministrazione cantonale può crescere di fatto di al massimo l'1 per cento. Fanno eccezione le risorse di personale se i relativi costi vengono finanziati attraverso contributi di terzi.

Nel rispetto di questo valore indicativo, negli anni tra il 2016 e il 2020 il Governo ha richiesto e il Gran Consiglio ha approvato in totale 338,35 nuovi posti di lavoro a tempo pieno (equivalenti a tempo pieno, ETP). Di questi posti di lavoro a tempo pieno, 247,85 erano esclusi dal valore indicativo n. 6. In questi cinque anni sono stati creati ex novo complessivamente 90,5 ETP rilevanti ai fini della determinazione del valore indicativo.

La creazione di nuovi posti di lavoro viene e veniva spesso motivata con l'attuazione di punti centrali di sviluppo. Secondo la frazione PBD, l'attuazione di punti centrali di sviluppo implica anche che risorse di personale vengano liberate. Queste risorse umane possono poi essere impiegate per nuovi compiti.

Grazie ai mezzi finanziari impiegati per la digitalizzazione è possibile ottimizzare e razionalizzare processi operativi. Con la messa in esercizio di Sinergia, una parte dell'Amministrazione dispone di infrastrutture modernissime che dovrebbero aumentare l'efficienza.

Attuando in modo sistematico un processo di miglioramento continuo, il Governo del Cantone dei Grigioni e i dirigenti che lo sostengono dovrebbero essere in grado di eliminare lavori non più necessari o di creare maggior risorse rinunciando a compiti e riducendo gli standard di prestazione (differenziazione tra prestazioni indispensabili e prestazioni utili ma non indispensabili). L'impiego delle risorse di personale esistenti deve essere verificato a cadenze regolari al fine di garantire che tali risorse vengano impiegate nel luogo giusto.

Dopo molti anni nei quali sono stati conseguiti ottimi risultati, in vista del peggioramento dei preventivi e dei conti annuali è necessario cambiare mentalità per quanto riguarda la creazione di nuovi posti di lavoro. Diventa più che mai importante che le risorse di personale esistenti vengano impiegate in funzione dei bisogni, degli obiettivi prefissati e degli effetti auspicati.

L'obiettivo dell'incarico è impedire fino al 2024 che vengano creati ulteriori posti di lavoro, senza impedire preventivi salariali o sviluppi dei salari per i collaboratori attuali.

Sulla base di queste riflessioni incarichiamo il Governo:

1. di sottoporre al Gran Consiglio una proposta per l'attuazione di uno stop alla creazione di posti di lavoro fino alla fine del 2024.
2. di compensare all'interno dell'Amministrazione e nell'orizzonte temporale auspicato i nuovi posti di lavoro mediante la conversione di posti o attraverso fluttuazioni naturali.

Davos, 9 dicembre 2020

Bettinaglio, Hohl, Lamprecht, Buchli-Mannhart, Aebli, Casty, Clalüna, Danuser, Ellemunter, Grass, Hardegger, Hefti, Michael (Donat), Müller (Susch), Niggli-Mathis (Grüsch), Papa, Tanner, Widmer (Felsberg), Widmer-Spreiter (Coira), Patzen